

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Wir lassen uns unsere Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft nicht wegreden! Gegen Rassismus und Ausgrenzung!

Die integrationspolitischen Debatten im Jahr 2010 bereiten nicht nur uns – Menschen mit Migrationshintergrund – Grund zur Sorge. In diesen Debatten wurden und werden die millionenfach gelungene Integration, die Leistungen und Beiträge der Menschen mit Migrationshintergrund für den Wohlstand der Gesellschaft bewusst übersehen, Probleme in bestimmten sozialen Milieus ethnisiert, generalisiert und überbetont. Der Bundespräsident wurde politisch attackiert, nur weil er die Zugehörigkeit der Muslime zu Deutschland feststellte. Politikerinnen und Politiker beeilten sich, die multikulturelle und multiethnische Realität der Gesellschaft in Frage zu stellen und grenzten mit einer Kulturkampfrhetorik Nicht-Europäer und vor allem Muslime aus.

Wir, die Mitglieder der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, arbeiten seit Jahren ehrenamtlich mit Menschen unterschiedlichster Herkunft in den Kommunen für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander, für Demokratie und Integration. Wir wissen, dass tagtäglich am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft „Integration“ gelebt wird. Wir wissen auch um Benachteiligung und Gleichstellungsbedarf. Wir wissen, welche Chancen und Herausforderungen die multiethnische und multikulturelle Realität für die Gesellschaft bedeutet.

Wir warnen vor einer ausgrenzenden Debatte, die ganzen Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Kultur, ihrer Religion, ihrer ethnischen Herkunft und neuerdings sogar aufgrund ihrer Gene die Integrations- und Bildungsfähigkeit pauschal abspricht. Die Ethnisierung sozialer Schieflagen löst kein einziges der vorhandenen Probleme, sondern ist im Gegenteil der Integration abträglich. Denn Ausgrenzung macht Integration unmöglich. Sie verunsichert Menschen mit Migrationshintergrund und verstärkt die diffusen Ängste in der Mehrheitsbevölkerung, die von Politik und Medien mit tatsächlich zutreffenden Fakten und Bildern gezielt abgebaut werden müssten.

Die Gesellschaft braucht

- eine Kultur der Anerkennung, ein bewusstes „Ja“ zur Zusammengehörigkeit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- echte Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund wie gesetzliche Verankerung von Migrantenvertretungen und kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger
- eine soziale Politik, die die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich stoppt und für mehr Solidarität in der Gesellschaft steht
- eine Bildungspolitik, die alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft fördert und ihnen die Teilhabe und den sozialen Aufstieg ermöglicht
- eine Bildungspolitik, die im Ausland erworbene Qualifikationen und Kompetenzen wertschätzt und hilft, sie auszubauen und für diese Gesellschaft einzusetzen
- eine interkulturelle Öffnung aller Institutionen und gesellschaftlichen Bereiche
- eine Unterstützung der Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit
- eine aktive Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik
- Begrenzung von kurzfristigen Projekten auf Modellversuche, Übernahme erfolgreicher Modellprojekte und Ausbau dauerhafter und flächendeckender Regelangebote der Integrationsförderung
- direkte Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Vertretungen und Organisationen bei der Planung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen
- eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik

In den letzten Jahren ist es in allen Bereichen zu ersten positiven Entwicklungen gekommen, so beispielsweise mit der Erstellung des Nationalen Integrationsplans und den Bemühungen vieler Kommunen, sich mit Integrationsleitbildern und -konzepten, mit zusätzlichen Strukturen und Ressourcen des Themas anzunehmen. Wenn auch langsam, so wird doch zunehmend die Bedeutung der aktiven Rolle der Menschen mit Migrationshintergrund in der Integrationspolitik erkannt. Wir, die bayerischen Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte, fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die AGABY, Vertreter/innen der kommunalen Beiräte und der Kommunen bei der Diskussion um die Leitlinien der Integrationspolitik in Bayern einzubeziehen.

Wir, die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns, sind weiterhin bereit, uns aktiv und engagiert in diese Prozesse einzubringen, verlangen aber ein Ende der rassistischen Debatten und der Ausgrenzung. Wir warnen vor Populismus und davor, wieder einmal Wahlkampf auf dem Rücken der Menschen mit Migrationshintergrund zu machen. Wir lassen uns unsere Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft nicht absprechen!

Ansbach, den 20. März 2011